

Sonntagsgedanken

Das Feinste und Mächtigste

Ihr seid Gläubiger und Schuldner zugleich: vor dem eigenen Gewissen. Mahlke.

Wo mag höhere und größere Freude sein als in einem verlässlichen, sicheren und mutigen Gewissen, das sich auf Gott verläßt und weder Welt noch Teufel fürchtet. Gleichwie wiederum, wo ist größere Traurigkeit und Schwermut als in einem bösen, schuldigen Gewissen? Luther.

Dahin müssen wir gelangen, dem Gewissen nicht nur hie und da zu gehorchen, sondern ausnahmslos in allen Stücken. Die Gewissenhelden sind die einzig wahren Freiherren, die es auf der Welt gibt. Und solche freie Herren zu werden, sind wir berufen. Geyer.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine der Hauptvoraussetzungen für ein gesundes Gemeinschaftsleben, für Staat, Nation und Volk. Aber ihr Ursprung darf nicht der Mensch und sein Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitsdenken sein, sondern die Gerechtigkeit liegt über und außerhalb dem Menschen. Nicht umsonst gehört in allen hohen Offenbarungsreligionen die Gerechtigkeit zum Wesen des Göttlichen. Damit ist ausgedrückt, daß sie ihre Höhe und ihre Tiefe, ihren totalverpflichtenden Anspruch nicht dadurch verliert oder daß sie davon abhängig ist, daß etwa der Mensch an ihrer Erfüllbarkeit verzagt oder andere Aufgaben für wichtiger hält.

Immer sind die Menschen in ihrem Rechtsdenken verfangen, die Gerechtigkeit der menschlichen Leistungsfähigkeit anzupassen und sie damit ihres übermenschlichen Charakters zu entkleiden und ins Wandelbare herabzudrücken. So ist auch das, was die Menschen mit „Recht“ und „Gesetz“ bezeichnen, immer etwas Unvollkommenes, Lüdenhaftes, Wandelbares. Menschliche Rechtsprechung erreicht nicht die Vollkommenheit göttlicher Gerechtigkeit; sie ist höchstens Spiegel jener göttlichen Gerechtigkeit, die durch die Jahrtausende hindurch Gültigkeit hat und keinen Wandlungen unterliegt. Darin liegt die Würde, aber auch die Grenze menschlicher Rechtsprechung; denn sie ist oft ein sehr verzerrter Spiegel. Menschliches Recht und die vollkommene Gerechtigkeit dürfen nicht gleichgesetzt werden.

Darum bedürfen die Justiz und ihre Diener wie kaum ein Gebiet menschlichen Lebens immer wieder des lebendigen, läuternden, vertiefenden Zustroms göttlicher Gerechtigkeitsempfindens, d. h. eines vom lebendigen Gott getroffenen Bewusstseins. Sonst gleitet die Rechtsprechung entweder nach der einen Seite ab und wird tote, kalte Paragraphenreiterei, oder nach der andern Seite — und wird Verteidigerin irgendwelcher menschlicher, eigennütztiger, oft höchst ungerechter Interessen.

Es ist einmal einer über die Erde gegangen und waltet heute noch durch seinen Geist unter uns, der uns die Augen schärfen wollte dafür, daß wir nicht überheblich menschliches Recht mit göttlicher Gerechtigkeit gleichsetzen. Aber er hat uns auch den Mut geben wollen, daß wir trotz aller bitteren Enttäuschungen nicht verzagen am Durchbruch der Gerechtigkeit gegen alles Unrecht auf der Welt. F. H.

Politische Wochenrundschau

„Das Unbegreifliche — hier wird's Ereignis!“ Nämlich im Reichstag dessen monumentales Tagungsgebäude die bedeutungsvolle Aufschrift trägt: „Dem deutschen Volke.“ Reichstag und Reichsregierung in einem Widerstreit, wie er kaum schärfer vorgehelt werden kann. Und das Wertwirdige dabei ist, daß die Partei, die seit 14 Jahren den Parlamentarismus geradezu leidenschaftlich bekämpfte, sich heute als seine entschiedenste Hüterin erklärt

und durch den ihr zugehörigen Reichspräsidenten unter dem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion verurteilt läßt: „Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstags, wie vor allem das Recht der deutschen Volkserziehung, gemäß der Verfassung weiterzuarbeiten, aufrechtzuerhalten.“ Am 1. November 1932 war in den von Göttsch und Strasser geleiteten „Nationalsozialistischen Briefen“ zu lesen: „Soll sich eine Möglichkeit des Aufstiegs uns noch einmal bieten, so ist eine unbedingte Vorbedingung dafür die Schließung des Reichstags.“ Wie sich doch Anschauungen und Stimmungen ändern können!

Reichspräsident Brüning wollte, nachdem der Reichstag durch Verordnung des Reichspräsidenten tatsächlich aufgelöst war, die Auflösung nicht als verfassungsmäßig anerkennen, da zuvor ein Mißtrauensantrag durch den Reichstag angenommen, die Regierung also gestürzt worden sei, ehe sie zur Auflösung habe kommen können. Brüning mußte sich aber überzeugen, daß diese seine Auffassung irrig sei. Der Reichstag ist tatsächlich mit einwandfreier staatsrechtlicher Gültigkeit aufgelöst. Und nun streitet man sich, wer an dem Unglückstag des Parlaments, dem 12. September 1932, die Schuld trage. Ein wunderbares Schicksal dieses einzigartigen Reichstags! Eine Kommunistin, die greise Frau Klara Zetkin aus Moskau, eröffnete unter feierlicher Stille die erste Sitzung. Nach acht Tagen die zweite Sitzung — und zugleich das Ende bei lärmendem Zeichenbegnähnis! Dazu scheint das Zusammengehen der bisherigen Mehrheitsparteien bereits etwas ins Bankrott gekommen zu sein.

Auch außenpolitisch stehen wir vor Entscheidungen von größter Bedeutung. Die Reparationen, dieses größte Kreuz des deutschen Volkes, sind glücklich aus der Welt geschafft. Augenblicklich handelt es sich nur noch um jährlich 60 Millionen Mark, die wir Amerika für Bejahungskosten und private Ansprüche amerikanischer Bürger vom Kriege her schulden. Sie sind am 15. September fällig geworden. Es wird aber über einen Zahlungsaufschub oder eine sonstige Vereinbarung verhandelt. Viel wichtiger ist die andere Frage der Gleichberechtigung. Sie ist ja von der deutschen Abordnung, also von der jetzigen Regierung, auf der Abrüstungskonferenz angeknüpft worden. Man ging aber über sie stillschweigend zur Tagesordnung. Der erste Abschnitt der großen Abrüstungskonferenz wurde mit einer nichtsagenden Vertagungsformel (Benesch) geschlossen. Deutschland hat sie natürlich nicht anerkannt. Der Faden wurde auf diplomatischem Weg aufgenommen und weitergesponnen. Der Reichsaußenminister wandte sich in einer besonderen Note an Frankreich als den Meistbeteiligten.

Jetzt ist, nach ziemlich geraumer Zeit, die französische Antwort in Berlin eingetroffen. Sie ist sehr umfangreich, aber sie lautet so, wie man es nach allem bisherigen annehmen mußte. Es ist eben die alte so oft gehörte Ausrufe, die Völkervereinigung enthält eine Verpflichtung der Abzurüstung nur für Deutschland, nicht aber für die anderen Mächte. Frankreich müsse deshalb die deutsche Forderung der Gleichberechtigung, somit der Rüstungsgleichheit oder Aufrüstung, ablehnen. Sie hätte schwere Folgen für die anderen besiegten Staaten, die dann auch aufrüsten wollten. Damit sei aber der Friede Europas gefährdet. Im übrigen könne über die deutsche Forderung nur der Völkervereinigung entschieden.

Wie die anderen beteiligten Staaten zu unserer, eigentlich ganz selbstverständlichen Forderung stehen, ist bekannt. Nur hat inzwischen Italien sich noch deutlicher erklärt. Mussolini hat in seiner Eigenschaft als italienischer Ministerpräsident unlängst im Berliner „Vorläufer“ sich rückhaltlos und mutig auf unsere Seite gestellt. Sein Artikel trägt die Überschrift: „Deutschland ist im Recht“. Deutschland habe als Mitglied des Völkervereinigung dieselben Verpflichtungen und dasselbe Recht auf Verteidigungsschutz wie die anderen. Dennoch sei es bis jetzt als ein „Staat zweiten Ranges“ behandelt worden. Mit Ausnahme Italiens sei bis heute kein ernstlicher Versuch einer Abrüstung gemacht worden. Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz und damit auch aus dem Völkervereinigung würde diesem den Todesstoß versetzen.

Ob es so weit kommen wird? Jedenfalls wird Deutschland zunächst einmal der für den 21. September angelegten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz fern bleiben. Viel verlieren wir ja nicht, wenn wir dieser „Gesellschaft der Nationen“ nicht mehr angehören. Sie hat bis jetzt herzlich wenig für uns geleistet, aber Deutschland Jahr für Jahr unerhörte hohe Kosten verursacht. Die sechs Jahre, die Deutschland in Genf mitgearbeitet hat, sind eine ununterbrochene Reihe von Enttäuschungen und Hemmungen. Der Völkervereinigung ist nun einmal nichts anderes als ein Instrument Frankreichs zur Sicherung des Versailler Diktats. Amerika und Rußland, vielleicht auch bald Japan und Italien, fühlen sich gar nicht schlecht außerhalb seiner Pflichten.

Noch sei gedacht einer großen und hocherfreulichen Kundgebung am letzten Sonntag. Die Saarvereine des Reichs hatten sich in Koblenz an dem historischen „Deutschen Saal“ unter der Leitung „Saar und Pfalz, Mosel und Rhein wollen Deutschlands Hüter sein“ versammelt. Tausende aus dem Saargebiet selbst waren auch herbeigeeilt. Der besonnte

Auswinterungs- und Lager-Schutz

Ernte-Sicherung
durch rechtzeitige
Herbstdüngung mit

KALI

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

12. Fortsetzung Nachdruck verboten.
Sehr erregt drehte sich Brilon um. Da sah er auf dem Tisch gegenüber etwas liegen, was ihm einen heftigen Schreck einflößte: eine aufgeklappte Brieftasche, aus der ein dicker Pack Banknoten herauschaute. Ein paar Scheine waren herausgefallen. Bert Brilon stierte gebannt darauf hin! es waren Hundertmarkscheine.
Was war geschehen? Ein Einbrecher konnte hier nicht gehaust, mindestens aber nicht nach Geld gesucht haben. Denn sonst hätte er doch die Brieftasche mitgenommen. Oder war er vielleicht durch das Eindringen Brilons überrascht und von dem Lärm, den er verursacht hatte, zur überstürzten Flucht veranlaßt worden?
Derartige Erwägungen beschäftigten vorübergehend das Hirn Brilons, aber nur sehr oberflächlich. Ein anderer Gedanke hatte sich bereits in den Vordergrund gedrängt und begann den Mann ganz auszufüllen. Satanas sah dahinter, verwirrte ihm die Gedanken, brach in seine Vernunft und in sein Herz ein, legte alle moralischen Hemmungen und Bedenken lahm und brachte ihn schließlich dahin, wohin er ihn haben wollte.
Rausch ergriß ihn. Wer hatte ihn hier gesehen, wer kannte ihn? Morgen früh war er wieder in Berlin. Wer sollte auf den Gedanken kommen, daß der Künstler Brilon es gewesen sei, der bei dem Komponisten Andermann eingebrochen war?
Wahrscheinlich würde ja der Verdacht ohnehin auf den wirklichen Einbrecher fallen, dessen Spur man sicher auf-

nehmen würde. Und dann hatte der Mann eben das Pech, auch für das mitbüßen zu müssen, was er nicht verbrochen hatte.
Eine glaubwürdige Erklärung für sein Wiederauftauchen in Berlin und für die Tatsache, daß er dort in bescheidenen Verhältnissen weiterleben konnte, wollte er schon geben! Seiner Sinne nicht mehr mächtig, raffte er die Brieftasche an sich und floh aus dem Zimmer durch den dunklen Flur. Eben wollte er ansetzen, um in wenigen Sprüngen die Treppe hinunter zu jagen, da hielt er sich zurück und stand horchend still.
Schritte erklangen im Hausflur.
Jemand kam näher und stieg die Treppe hinauf. Brilon drückte sich seitwärts in eine Nische, die durch eine Art Holzverschlag, über dem die Treppe zum obersten Stockwerk hinführte, gebildet wurde.
Der Ankömmling, der sich mit einer Taschenlampe die notwendige Beleuchtung verschaffte, war auf den obersten Stufen der Treppe angelangt. Brilon sah undeutlich Gesicht und Gestalt des Mannes, der kurz darauf seinem Gesichtskreis wieder verschwand.
Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, die Flucht fortzusetzen. Aber durch die Aufregung war der junge Mann so von Kräften gekommen, daß er an allen Gliedern zitterte und außerstande war, weiterzulaufen.
Fürchtbare Schreckbilder quälten ihn. Wie, wenn man ihn jetzt entdeckte? Die Folgen waren nicht auszudenken. Jetzt hatte er keine Möglichkeit mehr, sich zu legitimieren und sein Eindringen in dieses Haus zu bemänteln. Jedermann würde ihn nun als Dieb und Einbrecher betrachten. Und das mit Recht!

Drei bange Minuten vergingen — eine qualvolle Ewigkeit! Da kamen die Schritte hastig zurück; der Mann stürzte mit allen Zeichen des Entsetzens aus dem Dunkel des Ganges hervor.
Brilon, fieberhaft und bis zu Bahnvorstellungen erregt, glaubte sich entdeckt, glaubte, der Fremde stürze auf ihn zu. In diesem kritischen Augenblick verließen ihn die Nerven, die Vernunft und jegliche Beherrschung. Er brach aus seinem Versteck wie ein wildes Tier hervor und sprang in zwei Sätzen die Treppe hinunter. Unten stolperte er und fiel. Zugleich alarmierte sein Gehirn: die Gefahr sitzt dir im Nacken. Es geht um dein Leben. Wehre dich, sonst bist du verloren, von aller Welt mit Abscheu und Hohn als gemeiner Verbrecher gebrandmarkt.
Nein, das durfte nicht sein!
Der Verfolger, zuerst selber starr vor Schrecken, aber schnell gefaßt, kniete auf dem Verfolgten und suchte ihn in seine Gewalt zu bekommen. Er war ein Hüne gegen Brilon und ihm an Körperkraft weit überlegen.
Ein erbitterter Kampf entbrannte zwischen den beiden in dem dunklen, steinernen Hausflur. Dem Kräfteverhältnis nach hätte der Verfolger die Oberhand behalten müssen; doch die Verzweiflung gab dem Unterliegenden Riesenkräfte. Mit einem gewaltigen Stoß schüttelte Brilon den Bedränger ab und sprang in die Höhe. Der andere taumelte. Da holte Brilon mit der Faust zu einem gewaltigen Schlage aus, der den Fremden direkt auf den Kopf in die Schläfengegend traf.
Brilon hörte nur noch einen ersticken Schrei und einen dumpfen Fall, dann wankte er, zerschlagen und fast benommen hinaus.
(Fortsetzung folgt).

Kommerzienrat Dr. Hermann Röschling erklärte in seinem Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage im Saargebiet, daß, wenn die Volksabstimmung in 2½ Jahren stattfinden werde, sie nur ein glänzendes Zeugnis zum Reich darstellen würde. Die Saarbevölkerung wolle zum Reich zurück, gleichgültig, wie in ihm die Hausordnung bestellt sei. — In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es zum Schluß: „Dann (nämlich bei der Volksabstimmung) wird offenbar werden, daß die Rückkehr des deutschen Saargebiets zum Vaterland nicht nur eine Wiedergutmachung begangenen Unrechts ist, sondern auch eine Bürgschaft für die Völkerveröhnung und eine Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft. Die Brüder und Schwestern im Reich schauen mit Bewunderung auf den Kampf für Volkstum und Freiheit, der an der Saar geführt wird, und schwören den Volksgenossen: Treue um Treue!“ W. H.

70. Verbandstag der Gewerbevereine

Ludwigsburg, 12. September.

Am Sonntag hielt der Verband württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen e. V. seinen 70. Verbandstag in Ludwigsburg ab, verbunden mit der Feier des 90-jährigen Bestehens des Ludwigsburger Gewerbe- und Handwerksvereins. Schon am Freitag war die Hauptversammlung des Vereins Handwerkererholungsheim und die Vertreterversammlung der Handwerkerkrankenkasse. Am Samstag tagten der Landesauschuß und die Vorstände und Vertreter der einzelnen Vereine.

Die Hauptversammlung am Sonntag im Saal des Bahnhofs eröffnete der Vorsitzende, Maschinenobermeister O. Henne (Tübingen). Kein Berufsstand sei in den letzten Jahren so mit Lasten überbürdet worden wie das Handwerk. Im Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei der gewerbliche Mittelstand als die schwächste Gruppe zwischen diesen eingeklemmt. Die Gefahr von beiden Seiten des Kapitalismus sei aber nicht kleiner als die von beiden Seiten des Sozialismus. Das Handwerk und der Mittelstand lehnen jede Art Sozialismus ab, weil sie Anhänger einer freien Wirtschaft seien. Sie träten für die Privatwirtschaft ein, wollten aber innerhalb dieser eine eigene Gruppe in der Wirtschaft bilden. Durch die letzte Notverordnung sei zum erstenmal durch eine deutsche Regierung ein Schritt vorwärts gemacht worden zur Belebung der Privatwirtschaft. In ihr sei nichts enthalten von Plan- oder Staatswirtschaft. Allerdings seien auch in dieser Notverordnung die Belange der Industrie mehr berücksichtigt als die des Handwerks. Trotzdem sei aber die Tat der Regierung zu würdigen.

Syndikus H. Eberhardt (Reutlingen) erstattete den Rechenschaftsbericht. Die etwa 60 eingegangenen Anträge bewiesen das rege Interesse der einzelnen Vereine. Der Beschäftigungsgrad im Handwerk sei in einem bisher nie gefassten Maß gesunken. Umfangreiche Entlassungen von Arbeitskräften waren erforderlich, ebenso erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, selbst vollständige Stilllegungen mußten vorgenommen werden. Eine Zunahme von Vergleichen und Konkursen sei zu verzeichnen. Die finanzielle Lage des Handwerks sei außerordentlich geschwächt worden.

Der Verbandsauschuß in der Vertreterversammlung bezeichnete das neue Programm der Regierung als einen mutigen Schritt. Die Preisgestaltung ist außerordentlich schwierig geworden. Der Zahlungseingang wurde so schwindend, daß der Handwerker oft nicht wisse, wie er seinen Verpflichtungen nachkommen soll. Die notwendige Notverordnung gegen den Wanderhandel und Wanderlager werde nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Durch das große Umsichgreifen der Schwarzarbeit sei das Handwerk in seiner Existenz gefährdet. Die Erhöhung der Umsatzsteuer sei auf die Dauer nicht tragbar. Die Gebäudesteuer sei zwar um 20 Prozent gesenkt worden. Seit 1. April werde aber der Steuerertrag vollumfänglich dem Haushalt zugeführt, dies werde in den Kreisen des Handwerks als eine Ungerechtigkeit angesehen. Schließlich forderte er noch die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer, die Einführung einer Fiktivsteuer durch den Landtag. Ein Entwurf liege vor. Die Lohnpfändungsgrenze müsse herabgesetzt werden.

Die Mitgliederzahl beträgt 25 310; 7 Vereine sind neu gegründet worden, 8 Vereine haben sich dem Verband neu angeschlossen, 20 Vereine stehen noch außerhalb. Die Silberne Ehrenplakette konnte an 23 Herren verliehen werden. 103 Ehrenurkunden konnten an Betriebe verliehen werden, die 100 Jahre im Besitz derselben Familie sind. Im ganzen gibt es 516 solcher Unternehmungen.

Generalsekretär des Reichsverbands des deutschen Handwerks Hermann (Berlin), ein gebürtiger Ludwigsburger, begrüßte das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Die Verluste sämtlicher Länder im Lauf der Krise betrügen rund 150 Milliarden, das sei das Dreifache des ganzen Weltgoldbestands. Der Reichsverband fordere Abkehr von der Konzentrationspolitik und eine dezentralisierte Gütererzeugung und Verteilung. Die Gewerbefreiheit, die seit 1867 besteht, müsse besser überwacht werden. Eine der notwendigen Maßnahmen der Reichsregierung müsse sein, dafür zu sorgen, daß die Auswüchse der Gewerbefreiheit durch die Einführung einer Handwerkerkarte beseitigt werden, sie dürfe nur dem ausgestellt werden, der die Befähigung eines Meisters nachgewiesen hat. Die Zinsenfrage könne nicht durch staatliche Einwirkung geregelt werden. Man müsse aber in Deutschland zu einem Zinsstand kommen, der dem schaffenden Menschen ermöglicht, auch wieder Arbeit zu übernehmen. Daß die Reichsbank bei der WZ. in Basel veruche, zu einer Senkung des Diskontsatzes zu kommen, werde auch dem einzelnen Kreditnehmer zugute kommen. Das mittelständische Kreditwesen müsse in ganz anderer Weise gepflegt werden.

An der großen Arbeitslosigkeit sei zum Teil die Zwangsverpflichtung des Lohns ohne Rücksicht auf den Ertrag der Wirtschaft schuld, das Arbeitszeitgesetz sei nicht ohne Einfluß gewesen. Durch die neueste Wirtschaftsverordnung stehe auch das Unternehmertum vor einer verantwortungsvollen Aufgabe, es müsse mithelfen. Sonst könne es passieren, daß ein Staatsmann sagt, das Unternehmertum habe versagt und es müßten nun andere Wege gegangen werden. Wenn man das deutsche Volk noch einmal in Reichstagswahlen hehen würde, könnte die Auswirkung des Programms sehr erschütternd werden. Was die Wirtschaft braucht, sei Ruhe und Ordnung. Um den Klassenkampf aus dem Weg zu schaffen, müsse man zu einer engen Zusammenarbeit mit den Unternehmern des Handwerks kommen. Für eine solche berufständische Gemeinschaftsarbeit über Lohn- und Gehaltsbedingungen müsse zunächst der Anfang gemacht werden.

Zum Schluß wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der folgende Hauptforderungen erhoben wurden:

1. In den Arbeitsbeschäftigungsplan muß unverzüglich die Gebäudeentlastungssteuer als mindestens ebenso produktionshemmend wie die Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuer einbezogen werden, derart, daß der Steueranrechnungsschein auch auf die Gebäudeentlastungssteuer ausgedehnt wird, damit der Hausbesitzer in die Lage kommt, Mittel zu erhalten, um Ausbesserungsarbeiten an das Handwerk zu vergeben. 2. Der Verbandstag ist der Auffassung, daß eine Herabsetzung der Zinsen notwendig ist, aber er muß auf dem Weg einer individuellen Regelung erreicht werden. 3. Eine Lockerung des Tarifrechts könnte erst dann richtig verstanden werden, wenn auch auf der anderen Seite durch Gesetzmäßigkeiten eine Auflockerung der Kartelle und Syndikate sofort erfolgt. Das Handwerk fordert ein energisches Vorgehen der Reichsregierung gegen die verheerenden Auswüchse der Kartelle und Syndikatswirtschaft. Der Verammlung wohnten zahlreiche Ehrengäste an.

Optischer Stationsmelder

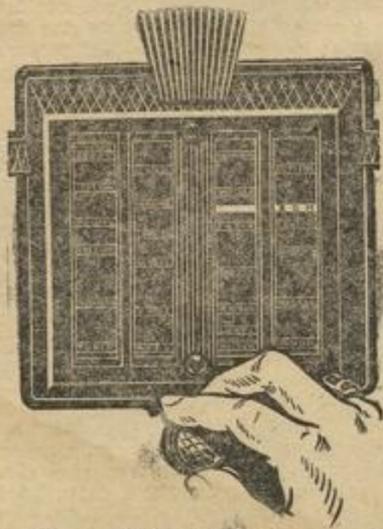
das Kennzeichen der großen AEG-Rundfunkgeräte

ULTRA-GEADEM

4 Röhren - 3 Kreis-Empfänger

SUPER-GEADOR

5 Röhren-Superhet-Empfänger



AEG
Nähere Auskünfte und Vorführung dieser und aller übrigen AEG-Empfänger sowie Lautsprecher bei Ihrem Radiohändler

Der Kindergarten und die Schule.

In der württ. Haus- und Grundbesitzer-Zeitung schreibt Minna Bäurle

Noch nicht so lange ist her, da waren verschiedene Lehrkräfte auf die aus dem Kindergarten kommenden Kinder nicht besonders gut zu sprechen. Warum? Das hatte doch wohl seinen Grund?

Einmal nahmen die Kindergärten — und noch weit mehr die ländlichen Kinderschulen (Schule) manchen Stoff der eigentlichen Schule vorweg. Ausprüche wie „D, dees hend mir iho ghet!“ waren nicht selten. Ob diese Dinge aber wirklich kindgemäß den Vorschulpflichtigen nahegebracht wurden, war eine andere Frage. Zum andern beobachteten wir, daß diese „Kindergartenschüler“ sehr „geschwätzig“ waren. Sie wußten alles „besser“. Auch galten sie als „verspielt“. Nun kam die Schultreform. Dem Spielbetrieb und der Sprechfreudigkeit räumte die „Arbeitschule“ — zum mindesten in den ersten Schuljahren — einen weiten Raum ein. Das was früher verwöhnt war, wurde jetzt als Vorzug angerechnet. Die Zeiten ändern sich. Die Pflege des Kleintandes wurde mehr ins Auge gefaßt; man ging auch hier auf das Kind ein. Schade, daß wir nicht das vorschulpflichtige Kindergartenjahr haben. Die Zeitverhältnisse haben den einsigen Plan „ad acta“ gelegt.

Wer aber in der Lage ist, sein Kind in einem unserer privaten Kindergärten zu schicken, der möge es doch tun. Warum? Wir haben nun seit der „pädagogischen Umstellung“ beiderseits (der Schule und des Kindergartens) festgestellt, daß Kindergartenkinder gelernt haben, sich einem Gemeinwesen einzuordnen. Demgegenüber stellen wir ganz besonders die „einzig“ Kinder, deren Zahl im Ansteigen begriffen ist. Sie sind zwar oft wenig selbständig und schließen sich nur schwer an andere an. Woher kommt das? Sie waren zu lange gewöhnt, der Mittelpunkt zu sein, um den sich alles drehte. Sie sind jetzt bitter enttäuscht, blos ein Glied in der Kette zu sein. Solche Kinder legen nicht selten ein Betragen zur Schau, worüber sich die eigenen Eltern hell entsetzen. Ratlos kommen sie zum Erzieher; er empfiehlt am besten „Nichtbeachtung“ dieser Enttäuschungen. Manchmal ist aber auch ein gutes Wort am Platze.

Wieviele Beispiele ließen sich da aus der praktischen Berufserfahrung anführen! Kinder, die anfangs mit Widerwillen, ja gar nur mit Drohungen zur Schule kamen, wurden vielfach noch die besten Schüler und erinnerten sich gern ihrer Schulzeit. Und wenn man dann einander begegnet, dann fragen die leuchtenden Augen: Weißt du's noch?

Eltern von „einzig“ Kindern, schickt eure Lieblinge in den Kindergarten! Solltet ihr es nicht vermögen, so schließt sie wenigstens nicht hermetisch ab, sondern laßt sie mit andern Kindern spielen! Dann wird euren Kindern die Einführung in ein Gemeinwesen leichter fallen, und es wird ihnen dadurch manche Enttäuschung erspart bleiben. Jedenfalls aber wollen wir uns für alle Kinder merken (trotz der wirtschaftlichen Verhältnisse): Viel Sonne gehört ins Kinderland, also zweckmäßige, luftbetonte Beschäftigung und Gelegenheit zum Spiel mit Altersgenossen! Laßt diese Sonne euren Kinde scheinen!

Jedes Stück ist blinkend hell!



IMI säubert alles schnell!
Zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät

Handel und Verkehr

Berliner Pfundkurs, 15. Sept. 14,66 G., 14,68 B.
Berliner Dollarkurs, 15. Sept. 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Abl.-Anl. 53,75, ohne Ausl. 6,80.
Privatdiskont 4,5 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 15. Sept. Grundpreis RM. 42,30 d. Rg.
Bremen, 15. Sept. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 8,50.

Der deutsche Aufzuehandel im August. Die Einfuhr betrug im August 551 Mill. RM. und ist gegenüber dem Vormonat um 85 Mill. RM. zurückgegangen. Den größten Anteil an diesem Rückgang haben mit einer Abnahme um 24 Mill. RM. die Lebensmittel. Die Ausfuhr beträgt 428 Mill. RM. und hat gegenüber dem (berichtigten) Juliergebnis um 2,5 Mill. RM. abgenommen. Einem Rückgang der Fertigwarenausfuhr um 5 Mill. RM. gegenüber steht eine Zunahme der Lebensmittelausfuhr um 2,5 Mill. RM. gegenüber. Die Handelsbilanz schließt im August mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 97 Mill. RM. gegenüber (berichtigt) 65 Mill. RM. im Juli ab.

Die Kontingentierung. Die Besprechungen über die beabsichtigten Kontingentierungsmassnahmen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zwischen den beteiligten Reichsstellen sind im wesentlichen abgeschlossen. Noch in dieser Woche dürfte sich das Reichskabinett mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die Wohlfahrtsverwerbslosenlisten der Städte. Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (mit zusammen rund 25 Millionen Einwohnern) 1580 000 laufend unterstützte Wohlfahrtsverwerbslose gezählt worden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 30 000. — Für die Gesamtheit der Gemeinden ist für Ende August mit rd. 2 450 000 Wohlfahrtsverwerbslosen zu rechnen.

Frachtermäßigung für Frischholz. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gewährt vom 15. September bis 31. Dezember 1932 für den Städtetiertransport von frischen Äpfeln, Birnen, Pflaumen (Zweifelhgen) einen Frachtnachlaß, der ungefähr 30 Prozent beträgt.

Arbeitereinstellungen bei der Bosch A.G. Stuttgart. Auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung sollen die der „Schwäb. Tagewacht“ berichtet wird, in einem Boschbetrieb Anfang Oktober hundert Arbeiter eingestellt werden. Die Arbeitszeit wird von 45 auf 40 Stunden zurückgesetzt.

Reichsalarifvertrag für das Versicherungsgewerbe. Der von Arbeitgeberseite gefundene Tarifvertrag für das Versicherungsgewerbe ist unverändert, sowohl bezüglich des Manteltarifvertrags, als auch des Gehaltsabkommens bis 31. März 1933 verlängert.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 22. August 2 859 828, d. i. 48 046 mehr als am 25. Juli und 126 046 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Immer weitere Erhöhung der Zinkblechpreise. Die Südd. Zinkblechhändler-Vereinigung hat mit Wirkung ab Montag ihre Preise um 2 Proz. erhöht, nachdem diese erst am 2. Sept. um 2 Proz. heraufgesetzt worden waren.

Die Statistik des nicht stehenden Gewerbes (Gewerbebetriebe im Umherziehen) in Württemberg für die Jahre 1924—1931 zeigt, daß die Zahl der Gewerbe-Legitimationsarten im Jahr 1931 nur noch 12 419 betragen hat, gegen 18 010 im Jahr 1924. Das ist eine Verminderung der Kartenzahl um 5591 gleich 31 Prozent. Im Durchschnitt der acht Jahre 1924 bis 1931 belief sich die Zahl der jährlich ausgeteilten Gewerbelegitimationsarten auf 15 624. Die Gesamtzahl der erteilten Wander-gewerbe-scheine stieg von 8800 im Jahr 1924 auf 10 955 im Jahr 1931, also um 2155 gleich 24,5 Prozent und betrug im Jahresdurchschnitt 10 099. Das Jahr 1931 weist zugleich den Höchststand, das Jahr 1924 den Tiefstand auf. Die überragende Mehrzahl der im Jahr 1931 ausgeteilten Wander-gewerbe-scheine bestand aus solchen, die für Inländer ausgestellt wurden (10 639, i. V. 10 203). Ihnen gegenüber sind und waren die beiden anderen Arten von Wander-gewerbe-scheinen — die sog. Rußland-scheine und die an Ausländer erteilten Scheine — verschwindend klein. Der Rußland-scheine waren es im Jahr 1931 237, der Ausländer-scheine nur 79. Die Ausdehnung der nicht-württembergischen Wander-gewerbe-scheine auf württembergisches Gebiet erfolgte in 2580 (i. V. 2696) Fällen, darunter in 50 (i. V. 44) Fällen an Ausländer.

Der Weberstreik in Lancashire

In dem großen Weberstreik in dem Hauptgebiet der englischen Baumwollweberei, Lancashire, an dem annähernd 180 000 Arbeiter beteiligt sind, macht sich auf beiden Seiten verstärkte Geneigtheit zu Verhandlungen bemerkbar, man rechnet mit dem Ende des Ausstands auf 19. September. Der Grund des Streiks liegt für die Arbeitgeber weniger in der Forderung der Arbeitgeber eines 10prozentigen Lohnabbaus, als vielmehr in der weiteren Forderung, daß der gelernte Weber statt bisher 4 fünfzig 6 und 8 Webstühle zu bedienen habe, wobei die einfacheren Handreichungen durch jugendliche Arbeiter besorgt werden sollen. Dies lehnen die Gewerkschaften ab, weil dadurch eine große Zahl gelernter Weber überflüssig würde.

Alle diese Maßnahmen könnten aber den Niedergang der Weberei von Lancashire nicht oder nur vorübergehend aufhalten, dessen Hauptgrund in den Abfahrschwierigkeiten im Fernen Osten besteht. Die Aktienmärkte, bisher das Hauptabgabebiet für die billige Stapelware Lancashires, werden mehr und mehr abgerichtet, teils durch den indischen Boykott gegen englische Waren und die in Indien selbst hochgezüchtete Baumwollindustrie, teils durch die verminderte Kaufkraft Indiens infolge des Sturzes des Silberpreises, teils aber namentlich durch die japanische Preisschleuderei mit ihrer geringen Stapelware und ihren billigen Löhnen, die kaum ein Drittel der englischen betragen. Die einschüchternen Unternehmer in Lancashire kommen mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß die Jahrzehnte der Hebermacht Lancashires als Weltverforgungsgebiet für die billigen Gewebe, auf die hungernden Millionen Mittel- und Ostasiens angewiesen sind, endgültig vorüber sind, und daß es notwendig sein wird, die Baumwollindustrie auf Qualitätsware umzustellen und die innig mit der Scholle vermachene heimattreue Bevölkerung allmählich anderen Ernährungsquellen zuzuführen.

Der optische Stationsmelder der WEG, eine wichtige Neuerung am Rundfunkempfänger. Wer in den letzten Jahren die große „Berliner Rundfunkausstellung“ besucht hat, um zu sehen, welches Gerät einer bestimmten Preisklasse seinen Wünschen am besten entsprechen würde, konnte meistens unter der Fülle der Einträge gar keine Entscheidung treffen. Die technischen Verbesserungen des Jahres waren, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, doch bei allen Fabrikaten herkömmlich. In diesem Jahr fällt die Anschaffung leicht. Die WEG ist auf eine neue Idee gekommen, die großen Anhang finden wird. Wie meinen den optischen Stationsmelder, mit dem Ihre diesjährigen Spitzgeräte „Ultra Geadem“ und „Super Geador“ ausgestattet sind.